

Kliniken

Serie

Pflege

■ Kündigungs-Welle



Nach der Kündigung mehrerer Fachärzte inklusive des Chefarztes sah der Ärzteverband Marburger Bund die Versorgung in der psychiatrischen Abteilung der Schön Klinik Rendsburg in Gefahr. Das rief den Sozialausschuss des Landtags auf den Plan, wo die Lage diskutiert wurde. Dabei ging es u.a. um Probleme mit dem Regionalbudget sowie mit der 1:1 Betreuung bei Fixierungen und eine sehr hohe Anzahl an Notfallpatienten. **Seite 10**

■ Lebens-Kunst



Das Ehepaar Ottomar und Greta Domnick zählt zu den engagiertesten Sammlern und Förderern moderner Kunst in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In Stuttgart betrieben die beiden Fachärzte für Psychiatrie und Neurologie eine eigene Klinik in der Nachbarschaft von Künstlern. Die Sammlung und der Skulpturenpark des 1989 bzw. 1991 verstorbenen Paares in Nürtingen sind heute ein beliebtes Ausflugsziel. **Seite 8**

■ „Herbst-Residenz“



Für eine vierteilige Dokuserie haben Fernsehkoch Tim Mälzer (Foto) und Schauspieler Andre Dietz ein Sozialprojekt der Sonderklasse kreiert und mit Kameras begleiten lassen. Das Ziel: In 90 Tagen mit Hilfe von zehn Azubis mit Behinderungen ein Caritas-Heim in ein echtes Zuhause zu verwandeln. Die Ergebnisse beeindruckten offenbar auch den Heimbetreiber: Der Caritas-Träger kündigte an, ein weiteres Projekt zu starten. **Seite 17**

Wenn der Staat unerreichbar wird

■ Wohlfahrtsverbände und Sozialdienste schlagen Alarm

Ein neuer „Monitor Verwaltungshandeln“ und Erfahrungsberichte aus Kliniken zeigen: Überlastete Behörden und strukturelle Mängel gefährden nicht nur die Versorgung hilfsbedürftiger Menschen, sondern auch ihre Gesundheit.

HAMBURG (hin). Unerreichbare Behörden, verlorene Unterlagen, verzögerte Leistungen: Ein aktueller „Monitor Verwaltungshandeln“ der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) Hamburg und Berichte klinischer Sozialdienste zeichnen ein besorgniserregendes Bild der Hamburger Behördenlandschaft. Besonders im Amt für Migration und im Jobcenter offenbaren sich strukturelle Schwächen, die das Vertrauen in den Sozialstaat erschüttern können – und Menschen in Notlagen stürzen.

Über 1200 Meldungen mit mehr als 3700 Einzelfällen dokumentieren im Monitor-Projekt der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (AGFW) Missstände wie schlechte Erreichbarkeit, schleppende Bearbeitung und auch mangelnden Respekt. Fast jede zweite Problemanzeige betraf das Amt für Migration (43 Prozent) oder das Jobcenter (42 Prozent). Besonders häufig kritisiert wurden laut AGFW die fehlende Erreichbarkeit (47 Prozent), der unsachgemäße Umgang mit Unter-

lagen (22 Prozent) sowie Probleme bei Geldleistungen und Bearbeitungszeiten (20 Prozent).

„Es ist nicht akzeptabel, wenn Menschen ihre Rechtsansprüche nicht durchsetzen können, weil Behörden nicht erreichbar sind oder Anträge monatelang liegen bleiben“, kritisiert Sandra Berkling, stellvertretende Geschäftsführerin der AGFW. Behörden müssten verlässlich erreichbar sein, den Eingang von Unterlagen bestätigen und schnelle Hilfe in Notlagen ermögli-

„Keine Einzelfälle mehr, sondern Ausdruck struktureller Defizite“

chen. Die Probleme seien nicht mehr als Einzelfälle abzutun, sondern vielmehr als Ausdruck struktureller Defizite zu sehen.

Diese Einschätzung teilen auch Sozialdienste psychiatrischer Kliniken, die in einem internen Austausch mit dem EPPENDORFER eine seit zwei Jahren „auffällig verschärfte“ Situation beklagen. Als da wären: Zugangswege, die verschwinden oder blockiert werden. Grundsätzlich schlechte Erreich-

barkeit, oft gar keine Rückmeldungen. Monatelange Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung. Krankenkassen, die Druck auf Patienten ausüben und Krankengeldansprüche anzweifeln, Sprechstunden, die nicht besetzt sind. Unterlagen, die mehrfach eingereicht werden, aber angeblich nicht ankommen – „Wir sind ratlos“, lautet das Fazit der Sozialdienste aller psychiatrischen Kliniken in Hamburg und Umgebung. Denn die Folgen können schwerwiegend sein. Es drohen Entlassungen ohne finanzielle und soziale Sicherung und damit auch fehlende gesundheitliche Versorgung, mit der Gefahr einer baldigen Rückkehr in die Klinik. Die MitarbeiterInnen der Sozialdienste sehen darin ein strukturelles Problem.

Dass es auch anders geht, zeigte sich während der Corona-Zeit. „Damals war manches besser. Es gab direkte Durchwahlen“, erinnern sich Sozialdienstmitarbeitende. Bürgergeld sei schneller bewilligt worden, auch wenn noch nicht alle Unterlagen vorlagen. Heute fordern sie wieder bessere Zugangswege statt nur Online-Portale und schwer erreichbare Hotlines.

Ein Hintergrund der Problematik: Im Öffentlichen Dienst in Hamburg sind tausende Stellen unbesetzt. Die Folge: Überlastung und steigende Krankenstände. **Berichte auf Seite 7**



Nachgestellte Verhörszene aus dem Film „Blinder Fleck“. Foto: © barnsteiner-film

„Blinder Fleck“

■ Film über ritualisierte Gewalt

Das Thema ist gesellschaftspolitisch brisant und umstritten. Und ein Fall für die renommierte Bremer Dokumentarfilmerin Liz Wisckerstrach. Die Sozialpädagogin, Autorin und Regisseurin dreht oft Filme über Themen, „an die sich nicht jeder heranwagt“. In ihrem aktuellen Film „Blinder Fleck“ – er wurde durch Spenden finanziert – geht es um organisierten ritualisierten Missbrauch. Dazu lässt sie Experten, Sachverständige und Opfer zu Wort kommen. Weil sie Betroffenen ein Sprachrohr gebe, sei sie Verschwörungstheoretikerin genannt worden, sagte sie der taz. Das Problem: Es gibt Menschen, die erinnern sich an Missbrauch in ihrer Kindheit, aber die Justiz kann nichts fin-

den. Der Kriminalbeamte Axel Petermann berichtet im Film von einer einjährigen Ermittlung zu Gewalt im satanischen Umfeld, bei dem trotz enormem Aufwands keine Beweise für die Richtigkeit der Opferangaben gefunden werden konnten. „Ein wichtiger Film, der Diskussionen eröffnen kann und den Diskurs um das Thema bereichert“, urteilte die Deutsche Film- und Medien-Bewertungsstelle (FBW) und verlieh das „Prädikat besonders wertvoll“. Die Kinotour mit Vorträgen und Diskussion macht im Mai auch im Norden halt, und zwar in Rendsburg (16. Mai), Oldenburg (20. Mai) und Osnabrück (21. Mai). (hin). **Der Bericht von der Hamburger Premiere auf Seite 4**

Termine & Daten

Der EPPENDORFER erscheint in diesem Jahr zweimonatlich. Die nächsten Erscheinungstermine:

**8. Juli,
2. September, 4. November,
5. Januar 2026.**

Anzeigenschluss ist jeweils 10 Tage vor dem Erscheinungstermin. Anzeigenpreise und die Mediadaten entnehmen Sie bitte der Homepage (www.eppendorfer.de). Angaben zu Bestellung sowie den Kosten eines Abonnements finden Sie ebenfalls dort sowie auf **Seite 23**.

Die „Neue“

■ Mit Nina Warken lenkt jetzt eine Juristin die Gesundheitspolitik

BERLIN/HAMBURG (rd). Der Vertrag, den die neue Koalition aus CDU/CSU und SPD ab sofort abarbeiten will, enthält diverse Punkte in Sachen ambulante Psychotherapie und auch Teilhabe und Rehabilitation, aber wenig Konkretes zu den Bedarfen schwer psychisch Erkrankter. Einen sofortigen Stop der umstrittenen Teillegalisierung von Cannabis wird es nicht

geben. Die Auswirkungen werden erstmalig auf den Prüfstand gestellt. Der fast zeitgleich verhandelte Hamburger Vertrag zur Neuauflage der rot-grünen Koalition ist dagegen von einem „weiter so“ geprägt: Ressortchefin bleibt Melanie Schlotzhauer. Ein umfangreicher Psychiatrieplan wurde noch vor der Wahl beschlossen – und wartet jetzt auf Umsetzung. **Seite 2 & Seite 4**

AUS DEM INHALT

BLICKPUNKT
„Willkommen im Club“ – der Hype um ADHS in Medien **Seite 3**

SCHLESWIG-HOLSTEIN
Interview: „Kranke lösen sich abends nicht in Luft auf“ **Seite 16**

POLITIK
Aufarbeitung in Magdeburg: Der Psychiater und das Attentat **Seite 4**

CANNABIS
Ein Jahr (Teil-) Legalisierung: Die ARD-Bilanz **Seite 18**

SUCHT & PSYCHOSE
Schizophren, süchtig und schwanger ... **Seite 6**

PFLEGE
Pflege-Schwerpunkt Sexualität und geschlechtliche Vielfalt **Seite 19**

PSYCHOSOMATIK
Einsamkeit und der Weg zum Verschwörungsglauben **Seite 9**

BÜCHER
„Von der Geburtsstunde der Psychoanalyse in Wien“ **Seite 21**

Die Karten werden neu gemischt ...

■ Gesundheitsministerin Nina Warzen muss sich erstmal einarbeiten – Koalitionsvertrag mit Psychiatrie-Lücken

Mit diesem Namen hatte offenbar kaum jemand gerechnet: Die 45 Jahre alte Juristin Nina Warzen wird neue Gesundheitsministerin und beerbt damit Karl Lauterbach (SPD). Zuvor war für den Posten der bisherige gesundheitspolitische Sprecher Tino Sorge gehandelt worden. Sorge zieht trotzdem mit: Er und Parteikollege Georg Kippels sollen parlamentarische Staatssekretäre im Gesundheitsministerium werden. Warzen selbst muss sich nun erstmal in die Gesundheitspolitik einarbeiten.



Nina Warzen (CDU) soll neue Chefin im Bundesgesundheitsministerium werden. Foto: Tobias Koch

BERLIN (hin). Die Generalsekretärin der CDU in Baden-Württemberg ist seit 2021 Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und hat in den Koalitionsverhandlungen in der Arbeitsgruppe Innen mitgewirkt.

Die reformbedürftige Psychiatrie fand im 144 Seiten starken Koalitionsvertrag keine umfangreiche Erwähnung. Psychotherapie schon eher: an erster Stelle werden „niedrigschwellige Online-Be-

ratung in der Psychotherapie und digitale Gesundheitsanwendungen“ genannt, mit denen Prävention sowie Versorgung in der Fläche und in Akutsituationen gestärkt werden sollen. Auch die Kurzzeittherapie soll gestärkt und eine Notversorgung eingeführt sowie das von der Ampel entworfene Suizidpräventionsgesetz umgesetzt werden. Hier ist dann auch die Einführung einer „113“ als zentrale Rufnummer für psychische Not Situationen enthalten. Sowohl die Versorgung von Kindern und Jugendlichen als auch auf dem Land soll durch eine geänderte Bedarfsplanung verbessert werden.

Auch die Finanzierung der Weiterbildung in der Psychotherapie wird im Vertrag vereinbart. Die Psychosomatische Versorgung soll durch Abschaffung von Regressen für Hausärzte und wohnortnahe Umsetzung psychosomatischer Institutsambulanzen gestärkt werden.

Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) begrüßte, dass der Vertrag dem Thema psychische Gesundheit einen hohen Stellenwert beimesse, diese generationenübergreifend betrachte sowie auch Teilhabe und Rehabilitation „adressiert“ werde – was in der Arbeit aller Ressorts berücksichtigt werden sollte. So wird beim Thema „neues Bürgergeld“ eine Verschärfung von Mitwirkungspflichten und Sanktionen angekündigt, wobei „die besondere Situation von Menschen mit psychischen Erkrankungen berück-

sichtigt“ werden soll.

DGPPN-Präsidentin Prof. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank kritisierte indes: Im Bereich der Behandlung psychisch kranker Menschen weise der Koalitionsvertrag Lücken auf. „Es ist gut und richtig, die ambulante psychotherapeutische Behandlung zu stärken. Allerdings reicht das für eine ganzheitliche Versorgung psychisch kranker Menschen nicht aus.“ Mit Blick auf insbesondere schwer erkrankte Personen bedauert die Präsidentin, dass „die Stärkung der Strukturen für die ambulante und stationäre psychiatrische und multiprofessionelle Behandlung nicht den gleichen Stellenwert“ im Koalitionsvertrag habe wie die ambulante Psychotherapie.

Offenbar liegen die Hoffnungen von Fachseite nun auf der angekündigten Fortsetzung der Krankenhausreform. „Wir sprechen uns hier für eine Umsetzung der meisten Empfehlungen der Krankenhauskommission aus“, sagt Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank. „Insbesondere eine Einführung von Globalbudgets, die ja bereits in Modellprojekten erprobt und positiv evaluiert wurde.“

Die (Teil-)Legalisierung von Cannabis wird nicht sofort wieder rückgängig gemacht, wie im Wahlkampf von der Union verlangt. Hierzu heißt es: „Im Herbst 2025 führen wir eine ergebnisoffene Evaluierung des Gesetzes zur Legalisierung von Cannabis durch.“

Ein eigenes Unterkapitel widmet sich der Inklusion. Ein Bundeskompetenzzentrum für Leichte Sprache wird angekündigt. Die Durchlässigkeit „zwischen beruflicher Rehabilitation, Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetrieben und allgemeinem Arbeitsmarkt und die Zugangssteuerung der Reha-Träger“ soll verbessert werden. Auch das – aktuell sehr niedrige – „Werkstattentgelt“ soll verbessert werden – wie wird nicht ausgeführt. Das gesamte System der Rehabilitation und Teilhabe soll im Sinne des Prinzips „Leistung aus einer Hand“ weiterentwickelt werden. Zum Thema Bundesteilhabegesetz wird angekündigt: „Wir werden eventuelle Änderungsbedarfe unter anderem zum Bürokratieabbau identifizieren und prüfen dabei Pauschalierungen.“ Auch soll das Verhältnis von Eingliederungshilfe und Pflege zur Schließung von Versorgungslücken geklärt werden.

Cannabis: Folgen der Legalisierung werden untersucht

Das Deutsche Institut für Fernstudien (di Fernuni) wird als Kompetenzzentrum für Leichte Sprache angekündigt. Die Durchlässigkeit „zwischen beruflicher Rehabilitation, Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetrieben und allgemeinem Arbeitsmarkt und die Zugangssteuerung der Reha-Träger“ soll verbessert werden. Auch das – aktuell sehr niedrige – „Werkstattentgelt“ soll verbessert werden – wie wird nicht ausgeführt. Das gesamte System der Rehabilitation und Teilhabe soll im Sinne des Prinzips „Leistung aus einer Hand“ weiterentwickelt werden. Zum Thema Bundesteilhabegesetz wird angekündigt: „Wir werden eventuelle Änderungsbedarfe unter anderem zum Bürokratieabbau identifizieren und prüfen dabei Pauschalierungen.“ Auch soll das Verhältnis von Eingliederungshilfe und Pflege zur Schließung von Versorgungslücken geklärt werden.

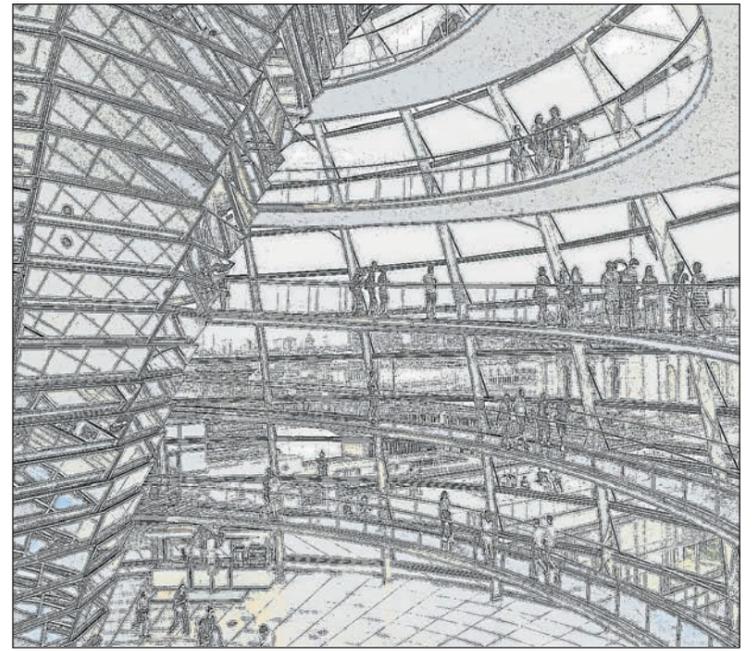
„Frühzeitige Erkennung von Risikopotentialen“

■ „Übergreifendes Management“ geplant

KARLSRUHE (hin). Sollen Menschen mit psychischen Auffälligkeiten mit Blick auf mögliche Gewaltrisiken vom Staat erfasst werden? Hierzu heißt es im Koalitionsvertrag: „Zur Verhinderung weiterer Gewalttaten, wie in der jüngsten Vergangenheit, wollen wir die frühzeitige Erkennung entsprechender Risikopotenziale bei Personen mit psychischen Auffälligkeiten sicherstellen. Hierzu führen wir eine gemeinsame Risikobewertung und ein integriertes behördenübergreifendes Risikomanagement ein.“ Im Wahlkampf hatte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann mit einer Forderung nach einem Register für „psychisch

krankte Gewalttäter“ für viel Protest gesorgt. ... Weiterer Aspekt: das Waffenrecht. Im Vertrag verpflichten sich die Koalitionäre, „noch zuverlässiger sicherzustellen, dass insbesondere Extremisten oder Menschen mit ernsthaften psychischen Erkrankungen nicht legal Waffen besitzen“. Initiativen zur Verbesserung waffenrechtlicher Personenüberprüfungen gibt es seit vielen Jahren. Sie stoßen stets v.a. bei Jagd- und Schützenverbänden auf Widerstand. Ein bereits vom damaligen Bundeskabinett beschlossener Gesetzentwurf wurde 2021 auf Druck der CDU/CSU überraschend wieder zurückgezogen.

Brief aus der Hauptstadt



Über dem Zentrum der Macht: die begehbare Kuppel des Berliner Reichstags. Foto: pixabay

Maßregel und Mammut

Frau Dr. Krebs hat es nicht leicht. Als neue Leiterin des Krankenhauses für Maßregelvollzug (KMV) verantwortet sie dessen Fortentwicklung seit Beginn des Jahres und kämpft mit dem Ballast der jahrelangen Wurstigkeit vieler zurückliegender Senate und der aktuellen Landesregierung. Umso erfreulicher, dass sie die Öffentlichkeit nicht scheut und sich auf einer Podiumsdiskussion bei einer Veranstaltung der Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BGSP) den Fragen des Moderators und des Publikums stellte. Da von ihr viel erwartet wird, aber nach so kurzer Zeit nicht viel erwartet werden kann, ging es bei der Veranstaltung vor allem darum, Ideen zu sammeln und die beteiligten Akteure zusammenzubringen.

In den Vorträgen, die der Podiumsdiskussion vorausgingen, erhielt das Publikum zunächst erschütternde Einblicke in die Zustände in der Klinik. Die Mutter eines Patienten berichtete von einer angeordneten monatelangen Kontaktperrre und der schlechten medizinischen Versorgung ihres körperlich beeinträchtigten Sohnes. Vorgetragene Statements von Patienten beschrieben eine Atmosphäre der Perspektivlosigkeit und permanenter Langeweile, nur unterbrochen durch die Aggressivität einzelner Mitpatienten.

In diesen Aussagen wurde aber auch das Engagement der Mitarbeitenden unter den erschwerten räumlichen und personellen Bedingungen positiv hervorgehoben. Das KMV hat sowohl das Problem der erschwerten Entlassung von Patienten als auch der hohen Aufnahmezahlen. Letzteres könne entschärft werden, wenn mehr Verantwortungen zu Bewährung ausgesprochen würden, so die Anwältin Dr. Woweries. Dazu bedürfe es aber ambulanter Strukturen, die eine spezifische ambulante Behandlung und ggf. auch weitergehende psychosoziale Unterstützung ermöglichen. Der Forensikexperte Dr. Schmidt-Quernheim weitete in seinem Beitrag den Blick über die Berliner Landesgrenzen hinaus auf die bundesdeutsche Forensik und lenkte die Aufmerksamkeit auf Maßnahmen, die sich andernorts bewährt haben.

Nach den Fachvorträgen war klar, viele Lösungen liegen auf dem Tisch, das Rad muss nicht neu erfunden, sondern endlich ein glaubwürdiger Anfang gemacht werden. Die Teilnehmenden der Podiumsdiskussion griffen folgerichtig vieles wieder auf

und ergänzten die positiven Erfahrungen aus der Zeit, als es noch nicht ganz so schlimm um die Berliner Forensik bestellt war.

Matthias Rosemann von der BGSP machte auf ein Problem aufmerksam, das viele wahrscheinlich nicht mit dem Maßregelvollzug in Verbindung bringen: Die Wohnungsraumknappheit erschwere es den gemeindepsychiatrischen Trägern, umfassende Angebote für entlassene Patienten des Maßregelvollzugs vorzuhalten. Frau Dr. Krebs würde sich wünschen, dass zur ärztlichen Ausbildung auch ein Pflichtabschnitt in der Forensik gehört. Am Ende waren sich alle Diskutanten einig, es wird neben guten Arbeitsbedingungen und der bedarfsgerechten sachlichen Ausstattung auf eine gute und koordinierte Zusammenarbeit von Klinik und außerklinischen Einrichtungen ankommen.

Erschütternde Einblicke in die Zustände in der Klinik

Dass der außerklinische Bereich aktuell einen herben Dämpfer erhält, passt dann wieder zu einer Landespolitik, die die auf der Fachtagung skizzierten Zusammenhänge ignoriert und stattdessen haushaltstechnisch herumlaboriert. Die Kürzungsankündigung in den Zuwendungsbereichen der Gemeindepsychiatrie löste Schockwellen in der Szene aus. Die Aufrechterhaltung von Kontakt- und Beratungsstellen, Zuverdienst und anderer Angebote im bisherigen Umfang ist gefährdet. Rund 1000 Mitarbeitende und Nutzende folgten dem Protestaufruf zahlreicher Wohlfahrtsverbände. Am Ende der Kundgebung überreichte man der Sozialsenatorin eine Mammutfigur als Symbol für ihre rückwärtsgewandte Politik. Entlastung der Forensik durch eine kürzungsgebeutelte Gemeindepsychiatrie? Quo vadis? Ilja Ruhl

Betrifft: Abs.

Der Autor arbeitet als Sozialarbeiter bei einem gemeindepsychiatrischen Träger in Berlin. Er engagiert sich ehrenamtlich in der „Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie“ und ist zudem auch als Redaktionsmitglied der Zeitschrift „Soziale Psychiatrie“ tätig.



IMPRESSUM

EPPENDORFER

Zeitung für Psychiatrie & Soziales

www.eppendorfer.de

Jahrgang 35 C 42725

Verlagsanschrift:

AMEOS Nord, Regionalzentrale

Wiesenhof, 23730 Neustadt in Holstein

info@eppendorfer.de

Herausgeber:

Michael Dieckmann

AMEOS Gruppe (V.i.S.d.P.)

c/o AMEOS Spitalgesellschaft mbH,

06112 Halle

www.ameos.eu

Abonnement & Anzeigen

Erken Schröder

aboservice@eppendorfer.de und

erken.schroeder@ameos.ch

Tel.: +49 176 300 55 139

Redaktionsleitung, Layout und Satz:

Anke Hinrichs (hin)

Redaktionsbüro NORDWORT

Große Brunnenstr. 137, 22763 Hamburg,

Tel.: 040 / 41358524,

E-Mail: mail@ankehinrichs.de,

redaktion@eppendorfer.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Rolf Brüggemann, Turhan Demirel, Martina

de Ridder, Sönke Dwenger, Michael Freitag

(fig), Michael Götsche (gö), Esther

Geißlinger (est), Christiane Harthun-

Kollbaum, Dr. Verena Liebers, Ilja Ruhl

(rd) = Redaktion, Agentur: epd

Druck:

Boyens Medienholding GmbH & Co. Kg.

Es gilt die Anzeigenpreisliste 2019. Der

Eppendorfer erscheint zweimonatlich und

kostet jährlich 39,50 Euro

(Sozialtarif: 25 Euro).

* Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

* Alle Geschlechter sind gleichberechtigt – aber Texte müssen auch gut lesbar sein. Wegen der besseren Lesbarkeit hat sich die Redaktion entschieden, überwiegend auf die zusätzliche Nutzung diverser Schreibformen bzw. auf eine Festlegung zu verzichten. Dem einzelnen Mitarbeiter steht diese Entscheidung aber frei.

Willkommen im Club

■ Kritische Diskussion des Hypes um ADHS in den Medien

Wer als Influencer schnellen Erfolg haben will, sollte vielleicht auf ADHS setzen. Es ist ein Thema, das in den sozialen Medien so viele Posts, Outings und Werbung für z. B. populärwissenschaftliche Buchveröffentlichungen erzielt wie kaum ein anderes – die Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung erlebt einen Hype. Doch das Thema polarisiert: Einerseits wirkt es entstigmatisierend, und in Folge dessen wird niedrigschwellige Hilfe und Information verbreitet. Andererseits beobachten Kritiker und Fachleute, dass teilweise „normales Verhalten“ pathologisiert werde, ADHS als Rechtfertigung und Erklärung für unpopuläre Verhaltensweisen dienen könne und medizinische sowie soziale Leistungen in Anspruch genommen werden, was zu einer Überforderung des Systems führen kann. Die Entstigmatisierung kann somit auch zu unnötiger Pathologisierung und wiederum Stigmatisierung führen.

BERLIN (hin). Zum dritten Mal war dieses Thema Gegenstand eines Forums Neurodiversität beim DGPPN-Kongress. Geleitet wurde es von PD Dr. Daniel Schöttle, Chefarzt der Psychiatrie in Hamburg-Harburg, sowie der auf ADHS spezialisierten Aschaffener Fachärztin für Psychotherapie und Psychosomatik Astrid Neuy-Lobkowicz (vormals Astrid Neuy-Bartmann).

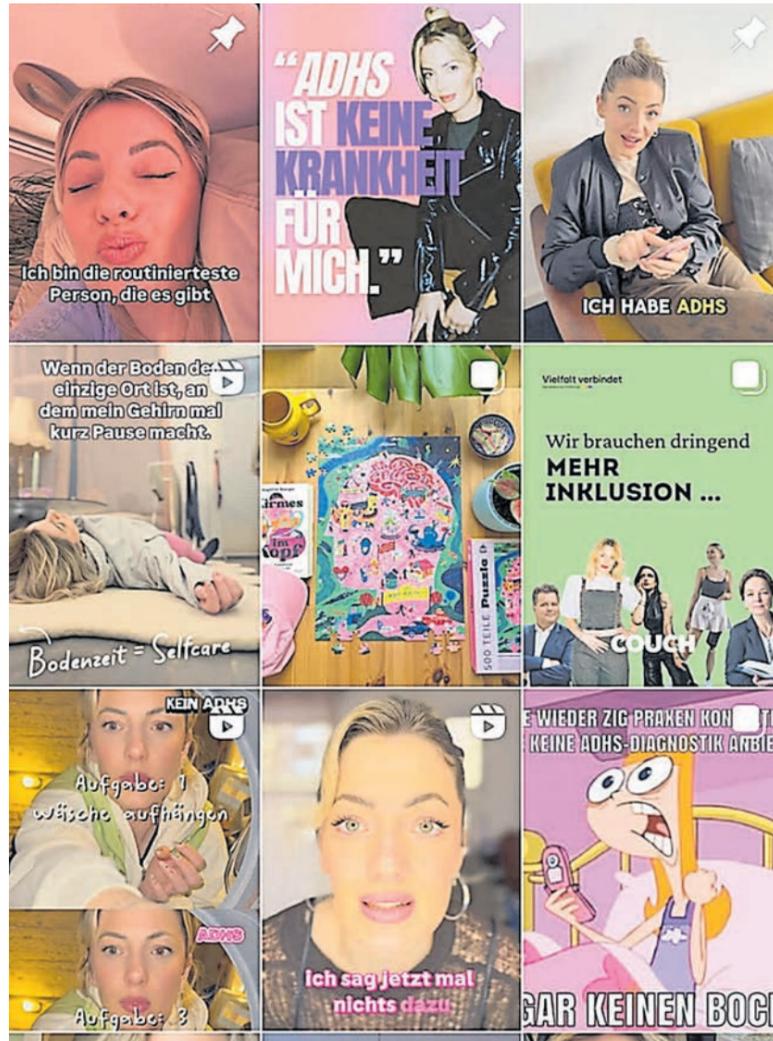
Soziale Medien werden überflutet von Werbung im Zusammenhang mit ADHS – zum Beispiel für Tests oder Hilfsmittel wie Ordnungssysteme. Menschen mit psychischen Problemen seien besonders empfänglich dafür, äußerte sich Kommunikationsberater Olaf H. Just. Im Zusammenhang mit einer Kultur des Outings sei die Zahl der Beiträge „explodiert“. Ein zentraler Punkt: das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Nach seinem Eindruck habe sich etwa ab Herbst 2023 eine Selbstdiagnose-Kultur etabliert – mit der Folge: „Man hat den Eindruck, jeder hat es.“ Dabei werde ADHS oft einseitig als eine Art Superkraft dargestellt. Die belastenden Aspekte fehlten in den Darstellungen. „Der Leidensdruck wird relativiert.“ Just forderte einen Kodex – eine Richtlinie für Beiträge, die zur korrekten Information verpflichtet. An Social-Media-Akteure appellierte er, auch über die belastenden Seiten zu berichten.

Das tat eingangs Julia Knörnschild, ADHS-Influencerin. Früher, vor ihrer Diagnose, habe sie oft die Schule geschwänzt, vier Ausbildungen angefangen und drei abgebrochen. Die Zeit zwischen 18 und 25 Jahren sei furchtbar gewesen. Hätte sie früher gewusst, was mit ihr los war, wäre vieles besser gelaufen, glaubt die Mutter und Autorin des Buchs „Mama kann nicht mehr“, die offen mit ihrer langen Therapie und ihren Aufenthalten in einer Tagesklinik umgeht – und damit Geld verdient.

Die Sicht der Behandlerin bot die Ärztin Astrid Neuy-Lobkowicz: Früher seien die Betroffenen mit ihren Kindern gekommen, seit drei bis vier Jahren kämen jedoch Klienten über YouTube oder TikTok-Videos, die sich oft stark mit den dort dargestellten Symptomen identifizierten. Oft sei ihr Zugehörigkeitsgefühl gekoppelt mit einer großen Traurigkeit, nach dem Motto: „Wie wäre es gewesen, wenn ich es früher gewusst hätte?“ Neu sei, dass viele Patienten sehr fixiert auf ihre Diagnose seien – als Erklärung für persönliches Scheitern und Lebensprobleme. Sie sprach von Überidentifikation, die zunehmend auch im Zusammenhang mit Autismus aufträte und dazu diene, Schwierigkeiten zu erklären. Ca. 80 Prozent derjenigen, die aus dem Social-Media-Bereich kommen, hätten tatsächlich ADHS. Es brauche mehr Kapazitäten für die Behandlung angesichts einer Prävalenz von 3,5 bis 4 Prozent.

„Wie wäre es gewesen, wenn ich es früher gewusst hätte?“

Schwierig sei auch, dass es offenbar „chic“ sei, ADHS zu haben. Zudem nehme die Anspruchshaltung zu – etwa indem Menschen mit mäßig ausgeprägten Symptomen fragen, welchen Grad der Behinderung sie hätten oder ob sie eine Haushaltshilfe oder gar eine Frühberentung bekommen könnten. Unpünktlichkeit oder desorganisiertes Verhalten würden oft nicht mehr als persönliches Problem, sondern als gesellschaftliches Problem gesehen („Die Gesellschaft muss auf mein ADHS Rücksicht nehmen“). Und je mehr über das Thema publiziert werde, desto genauer wüssten die Menschen, was sie sagen müssen, um eine Di-



Eine der erfolgreichsten ADHS-Aktivistinnen ist Angeline Boeger. Die freie Journalistin erhielt mit 29 Jahren ihre Diagnose und erklomm mit ihrem Buch „Kirmes im Kopf“ Bestseller-Listen. Die Message: Anstatt neurologische Unterschiede als „nicht normal“ oder „kaputt“ zu betrachten, strebt sie einen Perspektivwechsel an. Sie sieht „ADHS, Autismus & Co. als neurologische Varianten auf unserem bunten Planeten – mit all ihren Vor- und Nachteilen.“ Ihre An- und Einsichten in Sachen ADHS brachte sie auch als Bühnenshow unter die Leute. Foto: screenshot/Instagram

agnose zu erhalten.

Und was sagt dazu der Stigmaforscher? Prof. Georg Schomerus benannte als Risiko, dass die Bereitschaft, etwas wie Trauer als psychische Krankheit einzuordnen, gestiegen sei. Er lobte, dass Social Media den Blick auf Frauen mit ADHS gelenkt habe, die bisher oft unter dem Radar geblieben seien. Gleichzeitig kritisierte er die Unterdiagnose von ADHS in Gefängnissen und bei Drogendeliktanten.

Psychotherapeut. Er liefert ebenfalls Bühnenshows, Talkshows, Podcasts und Lesungen, in denen Ministudien ausgewertet würden. Pflichthofer beschreibt ein Gespräch zwischen Winscheid, der sich als zuhörender Psychotherapeut inszeniert, der er nicht ist, und einer sexuell missbrauchten jungen Frau – vor laufender Kamera. Hier sehe sie die Gefahr, dass sich der Missbrauch – vermutlich unbewusst – wiederholte.

Als schwer erträglich beschreibt die Autorin zudem Ausführungen Eckart von Hirschhausens zu ADHS. Mediziner Hirschhausens sei ein weiterer „Psychotainer“, der aber die Orientierung verloren zu haben scheine, ob er Comedy oder Wissenschaft betreiben möchte. Pflichthofer kritisiert unter anderem, dass er den Einsatz von ADHS-Medikamenten propagiert habe, ohne eine wissenschaftlich fundierte Gegenstimme zu Wort kommen zu lassen.

„Wo sind die Gruppen, denen es besonders schlecht geht? Wo gucken wir nicht hin?“

Kann Social Media auch für schwerere Erkrankungen wie Schizophrenie zur Entstigmatisierung beitragen? „Es braucht Vorbilder und Safe Spaces, damit sich Betroffene trauen, darüber zu sprechen – so entstehen Bubbles“, sagte Julia Knörnschild. Ist eine nächste Bubble für Schizophrenie vorstellbar?

„Verramscht“ werden aus Sicht der Psychiaterin auch Konzepte aus dem Buddhismus und der Achtsamkeit. Sie kritisiert ferner u.a. Heilpraktiker und ein obskures Fortbildungswesen (im Angebot z. B. eine Ausbildung zur Therapeutin für das NeuroAffective Relational Model (NARM) – 20 Tage, 4000 Euro).

Es gibt also viel an der „Psycho-Industrie“ zu kritisieren. Bleibt die Frage, warum sie so erfolgreich ist und was möglicherweise das Versäumnis gut ausgebildeter PsychotherapeutInnen ist. Pflichthofers Antwort: „Es könnte sein, dass wir als Berufsgruppe in der Öffentlichkeit einfach zu wenig in Erscheinung treten.“ Therapeuten arbeiteten gern „im Schutz der Intimität“, die ja auch nötig sei, aber vielleicht dazu führe, dass wenig öffentliche Präsenz vorhanden ist.

Rückzug in den Elfenbeinturm, Selbstbefassung, Pflege von Berufsneurosen. Als

TikTok-Videos vermitteln oft falsche Infos

KÖLN (rd). Forscher haben die 98 meistgesehenen TikTok-Videos zu ADHS untersucht. Etwa die Hälfte enthielt fehlerhafte Angaben, wie ein Forschungsteam im Fachjournal „PLOS One“ berichtet. Gerade Jugendliche mit selbst diagnostiziertem ADHS überschätzen demnach die Verbreitung der Störung in der Bevölkerung deutlich und fühlen sich durch die Videos in ihrer Annahme bestärkt, ADHS mit den Kernsymptomen Unaufmerksamkeit, Hyperaktivität und Impulsivität zu haben.

Von den 98 beurteilten Videos thematisierten 92 ausschließlich Aussagen über ADHS-Symptome und nur wenige auch die Therapie. 51,3 Prozent der angegebenen Symptome bewerteten Psychologen als Nicht-ADHS-Symptome. Die meisten (68,5 Prozent) bildeten eher normale menschliche Erfahrungen ab, 42,0 Prozent könnten bei mehreren Störungen auftreten und 18,2 Prozent seien eher typisch für eine andere Störung.

Verfälschte Wahrnehmung durch Algorithmen

Die Studie weist auch auf den Algorithmus der sozialen Medien, der bevorzugt Inhalte zeigt, die bereits Interesse geweckt haben. Daher ist die Tatsache, dass die Symptome nicht korrekt oder überzeichnet dargestellt werden, nicht weiter überraschend – ähnliche Befunde gibt es bereits bei anderen Krankheitsbildern, etwa dem Tourette-Syndrom oder Prostatakrebs. Oft wird ADHS als „süße Störung“ dargestellt, oft mit humorvollen Clips und Selbstironie. Das könne „zu einer Romantisierung und Bagatellisierung der Erkrankung führen“, heißt es weiter. Hinzu kommt: Viele Influencer haben monetäre Interessen. Laut Studie bewirbt die Hälfte der Content Creator Produkte oder bittet um finanzielle Unterstützung. Dadurch entsteht ein Anreiz, Videos zu produzieren, die eine große Zielgruppe ansprechen – wissenschaftliche Genauigkeit bleibe dabei oft auf der Strecke. Prof. Dr. Sabine Trepte von der Universität Hohenheim sieht hier auch eine Verantwortung der Fachverbände: „Nicht nur auf TikTok kursieren Falschinformationen zu ADHS. Auch auf YouTube und im Buchmarkt gibt es zahlreiche Ratgeber von Personen ohne jegliche Expertise. Fachverbände sollten nicht bloß zuschauen, sondern aktiv qualitativ hochwertige Inhalte empfehlen.“ Betroffenen wird geraten, verschiedene Informationsquellen zu nutzen. „Während soziale Medien Gemeinschaftsgefühl erzeugen, liefern Plattformen wie gesundheitsinformation.de eine fundierte Wissensbasis, so Dr. Paula Stehr.

Abrechnung mit der „Psychoindustrie“

■ Psychiaterin warnt vor dem Geschäft mit der Psyche und Stefanie Stahl & Co.

Die Welt der Psychotherapie ist ein Dschungel. Wer schnell einen Platz bei einer anerkannten Psychotherapeutin braucht und auch findet, hat großes Glück. Die übrigen warten – und sind in ihrer Not empfänglich für die vielfältigen Angebote der „Psychoindustrie“: ein breites Feld aus Coaches, Sachbuchautoren, „selbst ernannten Psycho-Experten“, esoterischen Helfern und Mental-Health-Coaches. Durch vermeintlich aufklärende Sendungen gewinnen die selbst ernannten Experten an Einfluss, wie die Autorin Diana Pflichthofer feststellt. Die Fachärztin für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie sowie Psychoanalytikerin aus Soltau seziert in ihrem Buch „Die Psychoindustrie“ ausgiebig und empört das boomende „Geschäft mit der Psyche“, in der sie eine Gefahr für unsere Gesellschaft sieht. Speziell ins Visier nimmt sie Stefanie

Stahl (Deutschlands Psychologin Nr. 1, „Das Kind in dir will Heimat finden“), der sie auch Plagiate vorwirft, sowie Eckart von Hirschhausens. Bei Stahl und Co. erscheine alles wohlgeordnet, doch Pflichthofer hält dem ein „mechanistisches, extrem reduziertes und vereinfachtes dichotomes Menschenbild“ vor. Die Psyche hingegen sei eine sehr komplexe und dynamische Angelegenheit, bei der beispielsweise Bedürfnisse nach Bindung und Trennung gleichzeitig auftreten könnten. Sich mit Widersprüchen auseinander zu setzen koste jedoch Zeit – stattdessen werde „Fast-Food-Psychologie“ in appetitgerecht servierten Häppchen gereicht, auch an Hochschulen.

Stefanie Stahl mache Shows – Psycho-tainment. Während einer dieser Shows soll sie erklärt haben, dass eine Stunde bei ihr 500 Euro koste. Leon Winscheid nennt sich ebenfalls Psychologe, ist aber kein

da wäre: „Wir finden, dass wir zwar sehr viel wissen, trauen uns aber leider nicht, das mitzuteilen. Wir haben eine sehr eigene Sprache, mit der wir uns untereinander verständigen können, die man als Außenstehender jedoch nicht ohne Weiteres versteht.“ Aber auch: eine Einengung der Psychotherapie und ihrer Lehrstühle auf die Verhaltenstherapie, eine Reduktion auf das biomedizinische Funktionsmodell. Sie erinnert an Bücher von Horst-Eberhard Richter, der sich als politischer Psychotherapeut verstand und gesellschaftliche Debatten mit auslöste. „Vielleicht müssen wir uns auch wieder ein bisschen mehr trauen“, regt sie abschließend an. Auch das musste einfach mal gesagt werden. (hin)

Diana Pflichthofer: „Die Psycho-Industrie – Wie das Geschäft mit unserer Psyche funktioniert und was es so gefährlich macht“, Goldegg-Verlag, Wien und Berlin 2024, 250 Seiten, 25 Euro.